

Milliarden für Millionäre

Die Agrarsubventionen der EU nutzen vor allem den Großkonzernen – mehr Transparenz tut not

Von Alexander Hagelüken

Europa hat sich viel vorgenommen. Die Regierungschefs der EU wollen den Multi-Milliarden-Segen für die Landwirte überprüfen. Soll wirklich weiter der Großteil des Etats in eine schrumpfende Branche fließen, statt Bildung, Innovationen und damit neue Jobs zu fördern? Europa hat eine modernere Ausgabenpolitik verdient und auch nötig.

Eine solche Reform trifft auf starke Gegnerschaft. Als vor Jahresfrist Tony Blair die Agrarsubventionen in Frage stellte, drohte dies den EU-Club zu sprengen. Diesmal wird es ähnlich schwer. Die Landwirte haben sich in Dekaden an den warmen Regen aus Brüssel gewöhnt und verfügen über mächtige Fürsprecher. Sie geben uns das tägliche Brot und sind deshalb keine beliebige Branche. Sogar zu Recht behauptet ihre Lobby, die Subventionen dienen auch zur Pflege der Wiesen und Wälder, in denen sich die Europäer von ihrem verstädterten Alltag erholen. Die Agrarreform müsste also vieles

verändern, ohne in reinen Kahlschlag bei den Zuschüssen auszuarten.

Von der EU-Kommission kommt jetzt ein Vorstoß, der genau diese Lösung verspricht. Und zwar, weil er die Pseudo-Argumente entlarvt, mit denen bisher Reformen blockiert wurden. Brüssel will erstmals alle Empfänger von Subventionen veröffentlichen. Was solche Transparenz bringt, zeigen skurrile Beispiele aus Großbritannien. Auf der Insel kassieren die Königin und ungezählte Grafen Hunderttausende Pfund für ihre Besitzungen. Lebensmittelkonzerne empfangen noch sogar weit höhere Summen aus Brüssel. In Deutschland und Frankreich dürfte es ähnlich sein.

Millionenzuschüsse für Millionäre: Wenn diese Realität ins Bewusstsein der Bürger dringt, kann endlich eine ehrliche Debatte beginnen. Es sind eben nicht kleine Bergbauern, die am meisten von den EU-Schecks profitieren, sondern Firmen und Großgrundbesitzer. Man muss deshalb nicht in grüne Nostalgie verfallen. Die Konsumenten fördern Riesen-

strukturen, weil sie im Regal nach dem Billigsten greifen. Nur: Warum soll der Steuerzahler weiter potente Konzerne subventionieren?

Genau das wäre der Ansatz für die Reform: Staatliches Geld fließt nur noch für Zwecke, die der Markt nicht erfüllt, etwa für die Pflege der Wiesen und Wälder oder für ökologische Produktion. So ließen sich Milliarden einsparen und in Europas wirtschaftliche Zukunft investieren. Dieser Kurswechsel, den die jüngste Agrarreform andeutete, lässt sich nur mit Hilfe der Brüsseler Offenheitsinitiative durchsetzen. Ansonsten wird der organisierte Widerstand der Subventionierten weiter zu stark sein.

Viel hängt davon ab, ob sich Deutschland hinter den Vorstoß stellt. Noch berät die Bundesregierung, namentlich der Wirtschaftsminister opponiert. Das ist der falsche Weg. Die Bürger sollen erfahren, was mit ihrem Geld geschieht. Und Deutschland wird als größter Nettozahler profitieren, wenn die EU-Subventionen aufs Nötige beschränkt werden.